WP-05-109-2 Ein Land der Freiheit, Sicherheit und Erneuerung

Antragsteller*in: Joana Steck (KV Recklinghausen)

Änderungsantrag zu WP-05

Von Zeile 108 bis 118:
Landes-IT konsequent auf offene Standards, offene Schnittstellen und Open-Source-Software. Öffentlich entwickelte und finanzierte Software soll grundsätzlich als Open Source veröffentlicht und von anderen Behörden nachgenutzt werden können.In den Vergabekriterien für eingekaufte Software soll die Verwendung von Standardschnittstellen und Open Source aufgenommen werden. Den Wandel gestalten wir gemeinsam mit Arbeitgebern, den Beschäftigten und ihren Personalvertretungen. Wir verfolgen einen Derisking-Ansatz: Nicht Autarkie ist das Ziel, sondern die Fähigkeit, technische Entscheidungen selbstbestimmt treffen und Anbieter wechseln zu können.Daher soll verstärkt auf Standardschnittstellen und vielfältige Anbindungsmöglichkeiten zwischen unterschiedlichen Fachverfahren gesetzt werden. ~~Wo Cloud-Lösungen eingesetzt werden,~~Wir setzen ~~wir~~ auf den Aufbau und die Nutzung leistungsfähiger öffentlicher, beziehungsweise in öffentlicher Verantwortung betriebener Rechenzentren, um Synergieeffekte durch den Betrieb und Support von Softwarelösungen aus einer Hand zu erzeugen. So stärken wir zusätzlich Sicherheit, Resilienz und die digitale Handlungsfähigkeit des Landes ~~und~~, seiner Kommunen und Hochschulen.

Begründung

Wir glauben, dass die digitalen Einzellösungen von Behörden, Kommunen und Hochschulen sowie deren IT-Dienstleistern, oftmals ineffizient und unwirtschaftlich sind. Die meisten Verwaltungsprozesse können einheitlich gestaltet werden. Das spart Einzelkonfigurationen, Einzelberatungen und teure Wartungskosten. Wo es geht, sollten standardisierte Lösungen den Vorrang haben. Dies kann nicht nur durch Open Source Lösungen oder Eigenentwicklungen erreicht werden, sondern insbesondere mit Hilfe von standardisierten Schnittstellen. Dies erleichtert die Anbindung und den Austausch von Inhalten in Fachverfahren massiv und verkürzt Wartezeiten bis neue Software effizient genutzt werden kann. Zusätzlich verringern Standardschnittstellen die Abhängigkeiten von Herstellern der Softwareprodukte, die sich nicht so einfach austauschen lassen, beispielsweise Einwohnermeldewesenanwendungen.

Bei diesem digitalen Wandel sollten neben den Beschäftigten und den Personalvertretungen insbesondere auch die Behördenleitungen mitgenommen werden; denn Digitalisierung in Organisationen gelingt nur in gemeinsamer Aktion.

Nordrhein-Westfalen hat die meisten Hochschulen in der Bundesrepublik. Hochschulen sind mit Lehre und Forschung Teil einer kritischen Infrastruktur und sollten bei Digitalisierung immer ausdrücklich mitgenannt werden. Zusätzlich entstehen an Hochschulen derzeit weitere Rechenzentren, die es nicht zwingend benötigt, wenn Rechenzentren gebündelt und gemeinsam genutzt werden. Auch den Aufbau von Ausweichrechenzentren erleichtert eine gemeinsame Infrastruktur. Dies schafft wiederum Sicherheit im Notfall.

Unterstützer*innen

Timo Eismann (KV Recklinghausen); Maya Sommer (KV Recklinghausen); Loretta Demant (KV Recklinghausen); Stephanie Sigger (KV Recklinghausen); Robin Conrad (KV Recklinghausen); Arlind Voli

(KV Recklinghausen); Heike Große-Oetringhaus (KV Recklinghausen); Beate Stach (KV Recklinghausen); Nina Wulbrand (KV Recklinghausen); Christian Trutz (KV Recklinghausen); Stephan Groß (OV Waltrop); Mohamed Vermeer (KV Recklinghausen); Ulla Simon (KV Recklinghausen); Bibiana Kemner (KV Recklinghausen); Joachim Schröer (KV Recklinghausen); Christopher Dyrlich (KV Recklinghausen); Veronika Bäcker (KV Recklinghausen); Joshua Kampmann (KV Recklinghausen); Jan Matzoll (KV Recklinghausen)